

**Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)  
kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen  
Geschäftsstelle  
Brunnenstraße 128  
13355 Berlin**

### **1.1. Welchem Leitbild von Familien folgt Ihre Partei in der Familienpolitik?**

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Die bloß historisch gewachsene, in den 1930er Jahren eingeführte strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder hilfsbedürftige Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

### **1.2. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei in der Familienpolitik?**

Die Piraten setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft.

Die eingetragene Partnerschaft ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen; Konzepte der Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft auch von mehr als zwei Personen müssen erarbeitet und verwirklicht werden.

### **1.3. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Vielfalt der Familienformen gleichermaßen unterstützt wird?**

Die Piraten setzen sich für eine gleichberechtigte Möglichkeit der Kinderversorgung ein. Kinder zu haben, darf nicht zu Diskriminierung oder Benachteiligung führen. Aus der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung darf sich weder ein Vorrecht noch eine Verpflichtung zu einer höheren oder geringeren Einbindung in die Kinderversorgung ergeben. Wir Piraten setzen uns ein für den Abbau noch bestehender gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, die eine tatsächlich freie, individuelle Entscheidung verhindern oder erschweren.

Um die freie Selbstbestimmung eines Lebensentwurfs zu ermöglichen, sind ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Auf die prinzipielle Verfügbarkeit solcher Betreuungsangebote muss es einen Rechtsanspruch von Geburt an geben. Ausgestaltungsmöglichkeiten, wie aktuell mit der Bereitstellung von Halbtagsplätzen als vollständige Erfüllung der rechtlichen Vorgaben, darf es nicht geben.

Kinder haben zu dürfen, muss von geschlechtlicher Identität bzw. Orientierung unabhängig sein. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren und aufziehen dürfen.

**1.4. Inwiefern will Ihre Partei das Elterngeld reformieren hinsichtlich einer paritätischen Ausweitung der Partnermonate?**

**1.5. Fordert Ihre Partei für Alleinerziehende mit gemeinsamen Sorgerecht den Elterngeldanspruch auf 14 Monate auszuweiten?**

Zu beiden Punkten haben wir keine konkreten Beschlüsse. In der Diskussion ist, dass das Elterngeld nur noch über den vollen Bezugszeitraum von 14 Monaten ausgezahlt werden könnte, wenn mindestens zwei der bezugsberechtigten Personen mindestens vier Monate beruflich aussetzen. Die restlichen Monate können sie sich beliebig aufteilen. Falls sich die bezugsberechtigten Personen nicht einigen können, haben sie Anspruch auf jeweils gleiche Anteile der 14 Elterngeldmonate.

**1.6. Wie bewertet Ihre Partei das neu eingeführte Betreuungsgeld? Was wird Ihre Partei tun, um das Betreuungsgeld abzuschaffen?**

Das Betreuungsgeld lehnen wir ab. Es stellt keine wirkliche Alternative für die Ausgestaltung selbstgewählter Lebensmodelle dar und ist als Familien-unterstützende Leistung ungeeignet. Die zu erwartenden Mitnahme-Effekte führen zu einer unsozialen Ausgabenverlagerung von Familienleistungen.

**2.1. Unterstützt Ihre Partei die Forderung des VAMV, das Ehegattensplitting abzuschaffen und stattdessen die Individualbesteuerung einzuführen?**

Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Steuerliche Vergünstigungen für Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften sind an die Versorgung von Kindern und schwachen Menschen zu binden.

**2.2. Fordert Ihre Partei in ihrem Wahlprogramm eine Anhebung des Entlastungsbetrags in der Steuerklasse II für Alleinerziehende?**

Nein aber siehe 2.1

**2.3. Unterstützt Ihre Partei die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder?**

Aktuell planen wir keine Änderungen beim Mehrwertsteuersatz. Die Piratenpartei fordert die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von aktuell 7% auf 19% mit dem Ziel, einen einheitlichen Regelsteuersatz zu schaffen und die so genannte Mehrwertsteuer zu vereinfachen. Durch die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen als Sockeleinkommen für alle Menschen als Vorstufe zum Bedingungslosen Grundeinkommen ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes sozial, da das Sockeleinkommen die Kostenerhöhung durch den höheren Umsatzsteuersatz für Familien und einkommensschwache Menschen nicht nur ausgleicht, sondern sogar zu einem kleinen Teil übersteigt.

**3.1. Setzt sich Ihre Partei für einen weiteren Ausbau flexibler Kinderbetreuung, auch im Bereich der ganztägigen Grundschulen und weiterführenden Schulen, ein?**

Die Piratenpartei fordert die Einrichtung von bedarfsorientierten Ganztagsangeboten bezüglich Krippe und Kita. Es sollen Plätze eingerichtet werden, welche die Eltern auch außerhalb der

Kernarbeitszeit von 8 bis 17 Uhr entlasten. Kinder müssen betreut werden, wenn die Eltern arbeiten. In Rheinland-Pfalz ist dies häufig Arbeit mit langen Pendelzeiten. Auch Alleinerziehende sollten Möglichkeiten zur leichteren gesellschaftlichen Teilhabe erhalten. Starre Öffnungszeiten werden von Eltern als Hindernis angegeben, Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können. Kinderbetreuung ist neben frühkindlicher Bildung auch Dienstleistung für Eltern. Eltern können sich in ihren Arbeitszeiten oft nicht nach der Betreuungseinrichtung richten. Deshalb muss diese mit flexiblen Öffnungszeiten ("gleitende Betreuungszeiten" mit Kernzeit) auf die Eltern Rücksicht nehmen. Wichtig ist hier aber auch ein angemessener Betreuungsschlüssel (>2,5) und qualifizierte Fachkräfte.

### **3.2. Fordert Ihre Partei einen gebührenfreien Zugang zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen damit alle Kinder gleiche Chancen auf Bildung haben?**

Bildungsgebühren jeglicher Art für steuerfinanzierte Bildungseinrichtungen schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb abzulehnen.

### **3.3. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Kindern in Armut das Existenzminimum im Bereich Bildung und Teilhabe garantiert wird?**

Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates sind den Kindern kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Angebote sollen wohnort- oder wahlweise arbeitsplatznah realisiert werden - auch über kommunale Grenzen hinweg.

Zu berücksichtigen sind bei allen Betreuungs- und Bildungsangeboten die sich ergebenden Bedarfsveränderungen der Eltern. Kinderbetreuung muss auch außerhalb der bislang üblichen Öffnungszeiten gewährleistet sein.

Kinder einkommensschwacher Eltern sind von gesellschaftlicher Teilnahme - insbesondere von vielen Bildungsangeboten - weitgehend ausgeschlossen. Auf diese Weise wird die Benachteiligung durch Herkunft von Beginn an verfestigt. Gleiche Bildungschancen für alle können mit einem Kindergrundeinkommen viel wirkungsvoller realisiert werden als beispielsweise mit bürokratieintensiven "Bildungspaketen".

### **4.1. Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte Ihre Partei Kinderarmut bekämpfen?**

Menschen darf kein Nachteil entstehen, wenn sie einen Teil ihrer Lebenszeit Kindern oder Betreuungsbedürftigen widmen. Wir Piraten wünschen uns eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit dem Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens. Wir Piraten fordern besondere finanzielle Unterstützung für Familien bzw. Versorgungsgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder betreuungsbedürftige Menschen gepflegt und versorgt werden.

Die Piratenpartei setzt sich auf Bundesebene für die Einführung eines Kindergrundeinkommens ein und hält dieses für kurzfristig umsetzbar. Schon heute zahlt der Staat bereits etwa 400 Euro je Kind an direkten, monatlichen Transferleistungen für Familien. Durch die einkommensabhängige Verteilung werden diese Zahlungen jedoch unterschiedlich verteilt. Dies lehnen wir ab, weil dies unserem Verständnis von Chancengleichheit widerspricht. Jedes Kind hat einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Staat. Nach Unicef-Angaben liegt der Anteil der Kinder, die in Deutschland unter Kinderarmut leiden, bei 8,8%. Die Grundeinkommenssätze für Kinder und Jugendliche können von denen für Erwachsene abweichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass

Kinder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Insgesamt wollen wir eine deutliche Besserstellung der Familien, unabhängig vom Familienmodell.

#### **4.2. Wird sich Ihre Partei für die Kindergrundsicherung entsprechend dem Modell des VAMV einsetzen?**

Wir setzen uns für ein Kindergrundeinkommen und ein bedingungsloses Grundeinkommen der Eltern ein. Lesen Sie hierzu auch unsere Antwort zur Bekämpfung der Kinderarmut.

#### **4.3. Setzt sich Ihre Partei für eine bedarfsgerechte Neubemessung der sozialrechtlichen Regelsätze ein?**

#### **4.4. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Alleinerziehende bis ins Alter gegen Armut abgesichert leben können?**

Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb muss das bisherige Rentensystem so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Rentensystem so umgestaltet werden, dass die Einnahmebasis verbreitert und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

#### **4.5. Ist Ihre Partei dafür, dass auch die vor 1992 geborenen Kinder im Rentenrecht mit 3 Jahren Erziehungszeit berücksichtigt werden?**

Die rheinland-pfälzischen Kandidaten stehen für die Berücksichtigung auch der vor 1992 geborenen Kinder im Rentenrecht mit 3 Jahren Erziehungszeit. Die aufgewandte Erziehungszeit für ein Kind ist und war unabhängig von Geburtsdatum.

#### **5.1. Wie will Ihre Partei dem Wunsch vieler Mütter und Väter nach mehr vollzeitnahen Teilzeitstellen gerecht werden?**

Die Piratenpartei setzt sich für flexible, elternfreundliche Arbeitsbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten in Unternehmen und Betrieben ein. Kindererziehung und Erwerbstätigkeit müssen für beide Elternteile gleichermaßen miteinander vereinbart werden können.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass bei der Besetzung von Stellen in bundeseigenen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben allein erziehende Elternteile mit Kindern unterhalb der Schulpflicht bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Der Anspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung ist besonders zu berücksichtigen. Weitere organisatorische Ansätze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zu fördern.

Die bereits existierenden Förderprogramme zur Einstellung Alleinerziehender lehnen wir ab. Sie stellen lediglich einen Mitnahmeeffekt dar. Dem gegenüber sind Maßnahmen im organisatorischen Bereich zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und -situation einzelfallbezogen zu fördern.

## **5.2. Mit welchen Strategien will Ihre Partei den Verdienstabstand von Frauen und Männern verringern?**

Wir fordern geschlechterunabhängige gleiche Bezahlung, Chancen- und Entwicklungsmöglichkeiten. Mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz ist dieser Forderung genüge getan. Das Nicht-Einhalten dieses Gesetzes muss wirtschaftlich spürbare Folgen haben.

## **5.3. Schließt sich Ihre Partei der Forderung von Frauenverbänden, Gewerkschaften und des VAMV an, die Minijobs abzuschaffen?**

Minijobs sind der Versuch Symptome zu bekämpfen, die durch ungerechte Steuerpolitik entstanden sind. Seit Jahrzehnten traut sich keine Partei an eine umfassende Steuerreform heran.

## **5.4. Setzt sich Ihre Partei für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein, um der Ausweitung des Niedriglohnsektors insbesondere in sogenannten frauentyperischen Branchen Einhalt zu gebieten?**

Arbeit muss Erwerbstätigen ein existenzsicherndes Einkommen bieten. Solange ein bedingungsloses Grundeinkommen noch nicht umgesetzt ist, ist dies vor allem über gesetzliche Regulierungen und Tarifverträge möglich. Daher setzt sich die Piratenpartei für faire und sichere Arbeitsbedingungen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland und ganz Europa ein.

Für das Jahr 2013 setzen wir uns für einen Mindestlohn von 9,02 Euro (unbefristete) und 9,77 Euro (befristete Arbeitsverhältnisse) ein. Denn wir wollen gleichzeitig der immer weiter um sich greifenden Praxis, aus regulären Arbeitsplätzen solche prekärer Natur zu machen, entgegenwirken.

## **5.5. Spricht sich Ihre Partei für die Quotierung von Aufsichtsräten und Vorständen aus bzw. welche Strategien verfolgt Ihre Partei um Frauen in Führungspositionen zu fördern?**

Eine geschlechterspezifische Quote lehnen die rheinland-pfälzischen Kandidaten ab. Posten sollen nach Eignung und unabhängig von geschlechtlicher Zuordnung vergeben werden. Daher setzen sich die Piraten für anonymisierte Bewerbungsverfahren ein. Dies widerspricht zudem der aktuellen Version des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes.

Unserer Meinung nach sind anonymisierte Bewerbungsverfahren, die keine Rückschlüsse auf Geschlecht, Alter, Herkunft oder sozialen Hintergrund zulassen, die beste Möglichkeit, freie Führungspositionen qualifizierten Frauen zugänglich zu machen.

## **6.1. Inwieweit setzt sich Ihre Partei für den Ausbau des Unterhaltsvorschusses ein?**

## **6.2. Wo sieht Ihre Partei Möglichkeiten, den Unterhaltsanspruch besser durchzusetzen?**

## **6.3. Wie stellt Ihre Partei sicher, dass der Kindesunterhalt die tatsächlichen Lebenshaltungskosten deckt?**

Zu diesen Punkten sind wir noch in der Diskussion. Am ehesten wäre dieses Problem allerdings hinsichtlich der Grundversorgung mit der Einführung eines von uns geforderten Kindergrundeinkommens gedient, welches die faktische Unabhängigkeit von finanziellen Leistungen Dritter bedeuten würde.

**6.4. Plant Ihre Partei, differenzierte Daten zu gezahltem Unterhalt im Rahmen der Bundesstatistik erheben zu lassen?**

Die Erhebung differenzierter Daten zu gezahltem Unterhalt ist für statistische Auswertungen und die Forschung grundsätzlich möglich. Aus Gründen des Datenschutzes darf eine solche Erhebung jedoch nur anonymisiert erfolgen.

**7.1. Wie setzen Sie sich dafür ein, das Recht des Kindes bei Trennung/Scheidung der Eltern in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken und nicht das Recht der Eltern am Kind?**

Das Thema ist gerade in der AG Familie in Diskussion :<https://ag-familie.piratenpad.de/Sorgerecht>

**7.2. Fordert Ihre Partei die Abschaffung des neuen Schnellverfahrens beim Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern?**

Nein, Stand der Diskussion ist, das Gemeinsame Sorgerecht ab Geburt für beide Biologischen Elternteile. Leider wurde dieser Antrag auf dem BPT nicht diskutiert.

**7.3. Diskutiert Ihre Partei die Weiterentwicklung der gemeinsamen Sorge, um die Handlungsfähigkeit von alleinerziehenden Eltern im Alltag zu verbessern?**

in PAD auf 7.1 wird darauf Bezug genommen

**7.4. Sucht Ihre Partei nach Lösungen, damit Sorgerecht und -pflichten der Kindererziehung nicht mehr auseinanderfallen?**

JA siehe im Sorgerechts PAD 7.1